

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Kreistag, PF 2580, 32382 Minden

An den Landrat
des Kreises Minden-Lübbecke
Herr Dr. Niermann

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion**

Portastr. 13 / Kreishaus
32382 Minden
Telefon: 0571/807-21130

Email:
DieGruenen.KT@ minden-luebbecke.de

21.08.2019

Antrag zum Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Dr. Niermann,

wir beantragen den Punkt „Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes und Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels“ in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages am 07.10.2019 zur Beschlussfassung und zur Vorbereitung im Ausschuss für Bau, Energie, Umwelt und Verkehr am 12.09.2019 aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Minden-Lübbecke schließt sich der Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency an. (siehe Resolutionstext in der Begründung unter Punkt 1)
2. Der Kreistag beschließt das Klimaziel: Im Jahre 2030 versorgt sich der Mühlenkreis zu 100 % mit erneuerbarer Energie. Hierzu wird in Abstimmung mit dem integrierten Klimaschutzkonzept ein Maßnahmenkatalog hinterlegt, der dieses Ziel erreicht.
3. Alle politischen Entscheidungen sollen zukünftig mit Blick darauf betrachtet werden, ob sie klimafreundlich, klimaschädlich oder klimaneutral sind. Die Beschlussvorlagen sind dem entsprechend zu ergänzen. Hierfür entwickelt die Verwaltung umgehend ein Verfahren zur Einschätzung der Klimafolgen von Beschlüssen und stellt dieses zeitnah vor. Der Kreistag Minden-Lübbecke beauftragt den Landrat bzw. die Verwaltung, dem Kreistag und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und eingeleitete Maßnahmen in Bezug auf die Reduktion der Emissionen zu berichten.
4. Um dies insbesondere auch in der politischen Arbeit im Kreis Minden-Lübbecke nachzuhalten, sollen ab Oktober 2019 alle Beschlussvorlagen vergleichbar zu den ‚Auswirkungen auf den Haushalt‘ um den Punkt „Klimafolgen“ ergänzt werden. Weiterhin soll dargestellt werden, inwiefern und in welchem Maße zur Realisierung vorgesehene Maßnahmen und Projekte des Kreises Minden-Lübbecke sich positiv, neutral oder schädlich auf das Klima auswirken.
5. Die jeweiligen (positiven und negativen) Auswirkungen auf das Klima sollen in Zusammenarbeit mit dem Kreisumweltamt und KlimaBündnis im Mühlenkreis e.V. in der Begründung dargestellt werden. Wird eine negative Klimarelevanz festgestellt, muss eine klimaschonende Alternative aufgezeigt und eine mögliche Kompensationsmaßnahme vorgeschlagen werden.

6. Die Verwaltung wird aufgefordert nach der Verabschiedung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes ein Programm zur Klimafolgenanpassung zu erstellen, das Maßnahmen vorschlägt, um die heute schon spürbaren Veränderungen des Klimawandels abzufedern. Dies umfasst insbesondere eine Konzeption zum Umgang mit zunehmenden Extremwetter-, Hochwasser- und Überschwemmungsereignissen.

7. Der Kreistag fordert die Verwaltung auf, die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrzunehmen, die notwendigen Strukturen zu schaffen und die Verwaltung mit entsprechenden Personal- und Sachmitteln auszustatten.

8. Der Kreistag fordert auch die Gesellschaften und Organisationen, an denen der Kreis beteiligt ist, dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Kreistag dazu jährlich einen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Zu Punkt 1: Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency/Klimanotstand ¹

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um ein Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein. So werden zum Beispiel Landwirtschaft und das Klima im Kreis von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz-, Friedens- und soziales Problem. Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung dauerhaft auf die angestrebten 1,5 °C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln! Der Kreis Minden-Lübbecke erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

Zu Punkt 2 bis 7:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur insgesamt auf unserem Planeten Erde.

Auch bei uns im Kreis Minden-Lübbecke werden die Folgen spürbar und offensichtlich, wenn zum Beispiel während des Dürresommers des Jahres 2018 und der aktuell anhaltenden Trockenheit Bewässerung in einem großen Maße erfolgen muss, um ein Absterben der Bäume zu verhindern. Unsere Landwirtschaft erlitt Ertragseinbußen. Ferner ist der Kreis Minden-Lübbecke in den vergangenen Jahren bereits mehrfach von Starkregenereignissen („urbane Sturzfluten“) getroffen worden.

Der Kreis Minden-Lübbecke sieht im menschenverursachten Klimawandel eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen hat für uns höchste Priorität. Schon jetzt setzt sich der Kreis Minden-Lübbecke für einen schonenden Umgang mit Ressourcen und Umwelt ein. Die von Politik, Landrat und Verwaltung bereits vorgeschlagenen Maßnahmen im Klimaschutz wollen wir weiterhin zügig umsetzen.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Kreis Minden-Lübbecke. Daher werden wir soziale, ökologische und ökonomische Belange klug miteinander verzahnen. Wir müssen sicherstellen, dass die Maßnahmen nicht diejenigen treffen, die finanziell schlechter gestellt sind. Die Energie- und Verkehrswende werden nur gelingen, wenn sie sozial ausgewogen gestaltet werden. Eine nachhaltige Landwirtschaft kann nur dann erfolgreich realisierbar sein, wenn auch die Landwirtschaft mit einbezogen wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Cornelia Schmelzer
Fraktionssprecherin

gez. Petra Walter-Bußmann
Geschäftsführerin

¹ Die Begriffe „Climate Emergency“ bzw. „Klimanotstand“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ablehnung von Notstandsmaßnahmen sein.